



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 70 - Plenarwoche 21. - 25. April 2008

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen: Auslands - SMS billiger

Die Kosten der Versendung von SMS im Inland betragen in der EU zwischen 5 und 10 Cent, werden sie aus dem Auslandsurlaub in die Heimat versandt jedoch zwischen 29 und 50 Cent. Die Europäische Kommission hatte bereits 2007 die sog. Roamingkosten für Handytelefonate ins und aus dem Ausland drastisch gesenkt. Nun sollen auf freiwilliger Basis bis zum 01. Juli 2008 auch die Roamingpreise für SMS auf maximal drei Cent oberhalb der innerstaatlichen Kosten - also maximal auf einen Endkundenpreis von 12 Cent pro SMS - gesenkt werden; andernfalls will die Kommission bis Ende 2008 per Verordnung eine deutliche Preissenkung durchsetzen. Weitere Informationen unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/08/70&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität

Das EP hat zur Initiative "zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität" Stellung genommen. Bei der Initiative zur Überführung des Vertrags von Prüm/Eifel von 2005, der die Intensivierung der grenzüberschreitenden polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit vorsieht, handelt es sich um einen von Deutschland vorgeschlagenen Text. In ihm geht es insbesondere um den automatisierten Austausch von DNA-Daten, Fingerabdruckdaten und Fahrzeugregisterdaten.

Das EP betonte mit seinen Änderungen, dass es Wert darauf legt, dass bei der Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität ein angemessenes Datenschutzniveau zu gewährleisten ist. Benötigt wird ein Datenschutzniveau, das hoch, harmonisiert und deswegen geeignet ist, sowohl die Bürgerrechte als auch die Effektivität der Strafverfolgung in der EU, also in einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, zu gewährleisten.

2. Europäischer Entwicklungsfonds

In dem Bericht über die Durchführung der Programmierung des 10. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), dessen Ziel die Beseitigung der Armut in den Partnerländern und -regionen ist, hat das EP betont, dass es von zentraler Bedeutung ist, die Kohärenz der entwicklungspolitischen Maßnahmen zu gewährleisten. Auch dürften die Ziele der Entwicklungspolitik nicht durch andere Politiken der EU konterkariert werden. Wirksamkeit und Legitimität der Budgethilfe (=Überweisung von Geld in den dortigen Staatshaushalt) hingen von der strikten Einhaltung mehrerer Vorbedingungen ab, so das EP. Dazu zählten einerseits eine verstärkte

Zusammenarbeit zwischen den Gebern und andererseits die Beachtung demokratischer Grundsätze, eine verantwortungsvollen Staatsführung sowie die Kontrolle der öffentlichen Finanzen.

Der EEF ist das wichtigste Hilfeeinstrument der EU im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP-Staaten). Er wird nicht aus dem EU-Haushalt, sondern von den Mitgliedstaaten finanziert. Der 10. EEF für den Zeitraum 2008-2013 sieht eine Mittelausstattung in Höhe von 22,682 Mrd. EUR vor.

3. Satellitensystem Galileo

Der Aufbau des geplanten europäischen Satellitennavigationssystems Galileo kann beginnen. Das EP stimmte am Mittwoch einer Verordnung über die Finanzierung und Auftragsvergabe des Milliardenprojekts zu. Galileo soll bis 2013 in Betrieb genommen werden. Die EU-Kommission will die Aufträge zum Aufbau des Systems noch bis zur Sommerpause ausschreiben. Aufträge werden für die Systemplanung, die Bodeneinrichtungen, das Kontrollsystem, den Satellitenbau sowie für Start und Betrieb der Satelliten vergeben. Mindestens 40% eines Pakets müssen an Subunternehmer vergeben werden. Auch dürfen sich die Unternehmen oder Unternehmensgruppen jeweils um nur zwei der sechs Teilarbeiten bewerben. Mit dieser Form der Auftragsvergabe soll unter anderem erreicht werden, dass Unternehmen aus verschiedenen Mitgliedstaaten zum Zuge kommen. Deutsche Unternehmen rechnen sich unter anderem gute Chancen bei Kontrollzentren und Satellitenbau aus. Finanziert wird das aus 30 Satelliten bestehende System aus dem EU-Haushalt, nachdem Verhandlungen mit einer Reihe von Unternehmen über einen Konzessionsvertrag gescheitert sind. Für Aufbau und Testbetrieb wurden 3,4 Mrd EUR veranschlagt. Galileo soll den Europäern die Unabhängigkeit von dem US-Navigationssystem GPS bringen, genauer sein und den Unternehmen wesentlich umfangreichere Anwendungsmöglichkeiten bieten.

4. Schlichtung grenzübergreifende Konflikte

Außergerichtliche Vermittlungsverfahren zur Beilegung von grenzüberschreitenden Streitigkeiten in Zivil- und Handelssachen werden in der EU künftig einfacher durchführbar. Das EP stimmte einer Richtlinie zu, mit der die Details dieses freiwilligen Verfahrens europaweit einheitlich geregelt werden. Die Innen- und Justizminister hatten sich auf die neue Regelung bereits im November geeinigt. Die Gesetzesvorgaben müssen von den Mitgliedstaaten innerhalb von drei Jahren in innerstaatliches Recht umgesetzt werden. Mit der Richtlinien wird ein deutlicher Anreiz geschaffen, Lösungen zwischen den Parteien durch Mediation statt durch kostspielige und langwierige grenzüberschreitende Gerichtsverfahren zu suchen. Dies wird auch die Gerichte entlasten.

Die Richtlinie gibt darüber hinaus einheitliche Regeln zur Vollstreckbarkeit von Vereinbarungen sowie für den Ablauf von Verjährungsfristen vor.

III. Weitere Themen waren

- Entlastung des EU-Haushalts 2006
- Organmangel, Transplantationsrisiken und Organhandel
- Fortschrittsbericht 2007 über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien
- Politik Chinas und deren Auswirkungen auf Afrika
- Plenardebatte zum Preisanstieg der Nahrungsmittel
- Grünbuch zur Rolle der Zivilgesellschaft in der Drogenpolitik der EU
- Strafrechtlicher Schutz der Umwelt

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://eur-lex.europa.eu/>
